

NACHRICHTEN

Burger King kauft Rosenberger

Mittwochnachmittag war es fix: Die österreichische Franchise-nehmerin der US-Fast-Food-Kette Burger King bekam von den Gläubigern des insolventen Raststättenbetreibers Rosenberger den Zuschlag. Die beiden Firmen hatten bereits vor zwei Jahren ein Joint Venture gegründet, um an der Autobahn ein gemeinsames Food-court-Konzept umzusetzen. Burger King zahlt 40 Mio. Euro. 30 Mio. Euro sollen nun in die Realisierung des Plans fließen, der Rest geht an die Gläubiger. 14 der einst 17 Raststätten mit 330 Mitarbeitern sollen weitergeführt werden. Die Marke Rosenberger bleibt.

E-Control will Netztarife ändern

Der Stromregulator E-Control hat Vorschläge präsentiert, wie die Strom-Netzentgelte neu gestaltet werden sollen. So soll die Leistungskomponente stärker darauf abzielen, wie stark das Netz belastet wird. Wer – etwa durch eine Sauna – kurzfristig für Spitzen sorgt, für den soll es teurer werden. Rund 90 Prozent der Kunden würden bei den neuen Tarifen rund 20 Euro im Jahr mehr bzw. weniger zahlen. Profitieren würden Kunden mit unterdurchschnittlichem Verbrauch.

Verluste für Norwegens Staatsfonds

Die starken Schwankungen auf den Finanzmärkten haben dem größten Staatsfonds der Welt 2018 Verluste beschert. Norwegens Pensionsfonds verzeichnete ein Minus von 485 Mrd. Kronen (rund 50 Mrd. Euro) oder 6,1 Prozent, wie die Zentralbank in Oslo mitteilte. Als Grund nannte sie die „volatilen Aktienmärkte“.

Österreichische Firmen weltweit top

Familienunternehmen aus Österreich mischen in der globalen Wirtschaft mit. Laut einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht des Beratungsunternehmens PwC kommen sechs der 750 weltweit umsatzstärksten und inhaberkontrollierten Unternehmen aus Österreich. Dabei handelt es sich um Novomatic, Porr, Alpla, Red Bull, Swarovski und Mayr-Melnhof Karton.

Interview. Wir seien noch meilenweit von einem Ende der lockeren Geldpolitik entfernt, sagt Jörg Krämer, der Chefvolkswirt der Commerzbank. Die EZB riskiere Blasen, etwa bei Immobilien.

„Es gibt immer mehr Zombiefirmen“

VON NIKOLAUS JILCH

Die Presse: Die Wolken über der Wirtschaft werden dunkler. Müsien wir Konserven einlagern?

Jörg Krämer: Sie müssen bei einer Rezession keine Konserven kaufen. Aber man kann das Thema Abschwung auch nicht als Panikmache abtun.

Woher kommt der Abschwung?

Da rätseln alle. Ich glaube, es hängt stark mit China zusammen. Der Export nach Amerika läuft weiter gut. Aber die Nachfrage aus China hat deutlich an Schwung verloren. Inzwischen sinkt sie sogar.

Was ist das Problem in China?

Die extrem hoch verschuldeten Staatskonglomerate sind sehr ineffizient. Zusätzlich gibt es das Problem des Handelskrieges, der sehr verunsichernd wirkt. Aber die chinesische Politik steuert dagegen. Die Geldpolitik ist expansiv, die Steuern sind massiv gesenkt worden. Deswegen dürfte sich die chinesische Konjunktur wieder stabilisieren. Und wir werden wohl auch im Euroraum an einer Rezession vorbeischnappen.

Was sind die Baustellen für Europa? Brexit? Zölle? China?

Das Thema Autozölle macht mich nervös. Ich verstehe nicht, warum Europa Trump nicht vorschlägt, unsere Autozölle von zehn Prozent auf die 2,5 Prozent zu senken, die die Amerikaner bisher verlangen. Leider ist die EU da gespalten. Insbesondere die Länder im Süden wollen die EU-Importzölle nicht abbauen – aus Angst um die Agrarindustrie.

Es kann aber auch nicht das Ziel von Donald Trump sein, die eigene Wirtschaft abzuwürgen.

Nein, aber ihm geht es nicht um das Land als Ganzes, sondern um die eigenen Wähler. Und das sind die enttäuschten Industriearbeiter. Wenn Sie Zölle einführen, leitet das erst einmal Nachfrage auf amerikanische Produkte um. Das freut die amerikanischen Arbeiter. Aber am Ende müssen das alle Amerikaner durch höhere Preise zahlen.

Wie wird der Handelsstreit mit China enden?

Man wird sich irgendwie verständigen. Das wäre auch positiv für die Märkte. Und die chinesische Wirtschaft dürfte sich im Sommer stabilisieren.



Manche würden Großbritannien gern loswerden, um die politische Integration der EU voranzutreiben, sagt Jörg Krämer. [Mirjam Reither]

Ist der Brexit bis dahin geklärt?

Nein. Der Austrittstermin wird wohl verschoben. Aber ob es dann zu einer Einigung kommt, ist fraglich. Die Briten sind zerstritten, und die EU bleibt stur. Da ist man sich in der EU einmal einig. Einige wollen wohl Großbritannien auch loswerden, weil London einer immer engeren politischen Integration stets im Weg gestanden ist. Und eines ist klar: Die Menschen wollen eine Europäische Union, aber sie wollen keine Vereinigten Staaten von Europa. Wenn man jedoch bei der Integration die Menschen nicht mitnimmt, wird das ganze Projekt beschädigt. Dass die Populisten in Europa stärker werden, liegt auch daran, dass hier schon bisher Fehler gemacht wurden.

Die Eurozone soll vertieft werden. Was denken die Deutschen?

Die Idee ist immer noch unpopulär. Die Wahrnehmung ist, dass sehr viel Risiko von Süden nach Norden umverteilt worden ist. Ein Eurozonen-Budget wäre schwierig zu vermitteln, aber es geht deswegen auch niemand auf die Straße.

Wie bekommen wir den Euro wieder auf die richtige Schiene?

Die Lösung nach dem Lehrbuch ist ganz einfach: Alle verpflichten sich zu einer soliden Haushaltspolitik. Das Problem ist nur, dass viele das

nicht wollen. Zum Beispiel Italien. Die Italiener dazu zu zwingen, ist nicht einfach. Eine Möglichkeit wäre eine Insolvenzordnung für Staaten. Käufer etwa italienischer Staatsanleihen würden dann beispielsweise automatisch zehn Prozent ihres Geldes verlieren, wenn die Schulden Italiens eine bestimmte Marke überschreiten. Anleger werden dann schon lang vorher nervös, so dass der Markt früh heilsamen Druck auf die Politiker ausübt. Leider ist der politische Wille für solche Reformen nicht ausgeprägt. Stattdessen verlassen sich alle auf die Europäische Zentralbank. Darauf, dass diese den Euro durch eine Politik des lockeren Geldes zusammenhält. Die EZB übertüncht die Probleme nur.

Dabei gibt es neue Bemühungen, den Euro gegenüber dem Dollar als Leitwährung zu stärken.

Der Euro wird dem Dollar niemals den Rang ablaufen, solange nicht die existenziellen Probleme des Euroraums gelöst sind. Es fehlen nach wie vor glaubhafte Anreize für die einzelnen Länder, eine nachhaltige und stabile Haushaltspolitik zu machen.

Kommen wir zur Geldpolitik. Was kann die EZB denn machen, wenn es eine Rezession gibt? Die Zinsen stehen ja bei null.

Ja, die amerikanische Notenbank hat die Zinsen schon angehoben, die europäische nicht. Viele Pfeile hat die EZB daher nicht im Köcher. Aber sie dürfte vielleicht schon auf der nächsten Sitzung im März neue Mehrjahreskredite für Banken beschließen. Außerdem könnte sie ihr Versprechen unveränderter Leitzinsen um ein halbes Jahr verlängern. Käme es zu einer ersten Rezession, würde sie wohl ihr Programm zum Kauf von Anleihen wieder aufnehmen. Auf jeden Fall ist die EZB meilenweit von einem Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik entfernt. Das birgt Gefahren.

Die da wären?

Es gibt immer mehr Zombiefirmen, die nur dank des billigen Geldes überleben. Billiges Geld nimmt auch Reformdruck von den Staaten in Europa. Und die EZB riskiert neue Blasen – etwa auf dem deutschen Immobilienmarkt.

ZUR PERSON

Jörg Krämer (52) ist seit 2006 als Chefvolkswirt der deutschen Commerzbank tätig. Er studierte Volkswirtschaft in Bonn und Münster und arbeitete ab 1992 beim Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Ab 1996 war Krämer für verschiedene Geldhäuser tätig. Er gilt als Kritiker einer lockeren Geldpolitik.

Ein Jahr Frauenquote - und sie wirkt

Aufsichtsräte. Die Strahlkraft auf das Management sei aber noch nicht eingetreten.

Wien. Seit Jänner 2018 müssen große Unternehmen in Österreich 30 Prozent der Aufsichtsratsmandate mit Frauen besetzen. Die Quote gilt nur für Neubestellungen und nur für Unternehmen, deren Aufsichtsrat aus mindestens sechs Kapitalvertretern besteht und deren Belegschaft zu 20 oder mehr Prozent Frauen sind. Und sie wirkt, wie eine aktuelle Auswertung der Arbeiterkammer zeigt.

Der Frauenanteil in jenen 29 Börsenfirmen, die unter die Quote fallen, liegt im Aufsichtsrat bei 27,5 Prozent. Vor einem Jahr waren es noch 22 Prozent. In den Börsenfirmen, für die die Quote nicht gilt, liegt der Frauenanteil im Aufsichtsrat lediglich bei 14 Prozent. In den 20 Firmen im Leitindex ATX sind 27,7 Prozent der Aufsichtsratsmandate in Frauenhänden.

Damit liegt Österreich zum ersten Mal knapp über dem EU-Schnitt von 27 Prozent. Anders sieht es im Management aus. Nur zehn von 203 Vorstandsposten in allen börsennotierten Unternehmen waren

Frauenanteil

in Aufsichts- oder Verwaltungsräten, in Prozent

1. Island	45
2. Frankreich	44
3. Norwegen	40
4. Italien	36
5. Schweden	36
7. Deutschland	34
10. Großbritannien	30
14. Österreich	26
20. Polen	21
25. Ungarn	15
34. Griechenland	9
35. Estland	8

zuletzt mit Frauen besetzt. Und: 60 der 68 börsennotierten Unternehmen hatten keine einzige Frau im Vorstand. In den Vorstandsetagen der ATX-Firmen gebe es mehr Männer, die Peter heißen (sieben) als Frauen (vier), so die AK.

Die erhoffte Strahlkraft der (noch jungen) Quotenregelung auf Managementebene sei noch nicht eingetreten, resümieren die Autoren des Berichts. Ähnlich ist das in Deutschland, wo es seit 2016 eine Quote gibt. Die Arbeiterkammer fordert nun die Einführung einer Geschlechterquote auch in den Geschäftsführungen. Theoretisch gilt die Quote auch für Männer, praktisch ist sie eine reine Frauenquote. Wegen der zahlreichen Ausnahmen gilt die Frauenquote Schätzungen zufolge nur für 70 bis 80 Unternehmen. (hie)



MANAGEMENT FORUM

Stark ist, wer seine Rechte kennt!

Gewinnen Sie Sicherheit in unternehmensrechtlichen Angelegenheiten und Haftungsfragen!

Das komplette Seminarangebot finden Sie unter wifi.at/managementforum
Alle Termine 2019/20 schon online!

